



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ratsfraktion Reichshof

SPD-Ratsfraktion Reichshof, c/o Ralf Oettershagen, Katerweg 4 a, 51580 Reichshof-Feld

Herrn
BM Rolland
Denklingen
Rathaus
51580 Reichshof

26.11.2003

Sehr geehrter Herr Rolland,

zur nächsten Sitzung des Gemeinderates stellen wir folgenden

Antrag:

Die SPD Fraktion stellt den Antrag, die als Anlage beigefügte Resolution zur Gemeindefinanzreform zu beschließen und an den Deutschen Bundestag und Bundesrat weiter zu leiten.

Begründung:

Die deutschen Städte und Gemeinden stecken in einer der größten finanziellen Notlagen in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese Resolution soll die Bemühungen unterstützen eine wirkungsvolle Reform der Gemeindefinanzen in 2004 herbeizuführen.

Hochachtungsvoll

Ralf Oettershagen



Postanschrift:
SPD-Ratsfraktion Reichshof
Fraktionsvorsitzender
Ralf Oettershagen
Katerweg 4 a
51580 Reichshof-Feld

Tel. 02296-90546
Fax 02296-900747
e-mail:
Ralf.Oettershagen@spd-online.de

Bankverbindung:
Kreissparkasse Köln
BLZ 370 502 99
Konto 350 000 543

www.spd-reichshof.de

Reichshof 

RESOLUTION

Hilfe jetzt

Kommunen brauchen eine durchgreifende Gemeindefinanzreform

1. Die deutschen Städte und Gemeinden befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit der Gründung der Bundesrepublik. Nach Schätzungen der kommunalen Spitzenverbände wird sich das Finanzierungssaldo des Jahres 2003 auf die kaum vorstellbare Summe von 10 Mrd. € (10.000.000.000,- €) belaufen.
2. Die Kommunen sind **die zentrale Ebene** in unserem Staatsaufbau, auf der unverzichtbare Leistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen in unserem Land erbracht werden. Ihre Leistungsfähigkeit ist deshalb entscheidend für das Gesamtwohl des Staates und aller Menschen.
3. Aufgrund der Finanzkrise ist die kommunale Investitionsfähigkeit weitgehend zusammengebrochen. Schulen, Kindergärten, Sportanlagen und viele weitere öffentliche Einrichtungen sind dem Verfall ausgesetzt. Ein wirtschaftlicher Aufschwung, der vor allem auch Handwerk und mittelständischen Betrieben zu Gute kommt, setzt zwingend die Rückgewinnung der kommunalen Investitionsfähigkeit voraus.
4. Die im Bundestag am 17. Oktober 2003 verabschiedeten Gesetze zur neuen Gemeindefinanzreform und für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) weisen den richtigen Weg. Die vorgesehene Stärkung und Verstärkung der bisherigen Gewerbesteuer und die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die zusammen Mehreinnahmen von rund 3 Mrd. € jährlich bringen sollen, sind dringend notwendig zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation. Auch wenn die finanzielle Entlastungswirkung durch das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hinter den Erwartungen der Kommunen zurückbleibt, ist die vorgesehene Übernahme der Finanzverantwortung für Langzeitarbeitslosigkeit durch den Bund die entscheidende Grundlage für eine nachhaltige Entlastung der Kommunen von Sozialhilfekosten. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer oder eine Kommunalisierung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit führen dagegen in die Irre; sie werden von uns abgelehnt.
5. Der Rat der Gemeinde Reichshof fordert die am weiteren Gesetzgebungsvorhaben Beteiligten - insbesondere den Bundesrat und die Mitglieder des Vermittlungsausschusses - auf, ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht zu werden: **Die Kommunen brauchen eine nachhaltige Stärkung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zum 1. Januar 2004. Parteipolitische Blockaden darf es nicht geben!**